

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer



55. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 14. Juli 1917

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt-, Versammlungs-, Bergnützungsinserate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 80

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Artikell: Die erste Probe aufs Exempel. — Das deutsche Zeitungs-

Wesen.
Vom Hilfsdienst: Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und Hilfs-

dienstleistungen. — Einführung der Arbeiterausschüsse. — Erfahrungen

bei den Arbeiterauswahlgängen und mit den Arbeiterausschüssen.

Ein Unternehmensbeispiel.

Starkeisendungen: Darnstadt. — Erfurt. — Jhehoe. — Leipzig

(M.-M.). — Saarbrücken.

Rundschau: Von Buchdruckern im Kriege. — Die Buchdrucker

als Schwere- und Schwerstarbeiter. — Ferien! — Folgen der

Papiernot. — Calmers Ansicht über die Papiernot. — Zensurver-

hältnisse. — Buchverleger und Buchhändler im Widerstreit um die

neuen Preiserhöhungen. — Die Abrechnungsmittelbegüter für

Mai. — Die Theaterverordnungen für Munitionsarbeiter. — Das

Leipziger Erpressungsurteil.

Die erste Probe aufs Exempel

Von der jetzigen Tagung des Reichsparlamentes ist bisher äußerlich blutwenig zu merken gewesen, dagegen haben sich in seinem Hauptausschusse Dinge abgepielt, die bereits das Ausland in Atem halten, obwohl nach dem wiederum angewandten System der Geheimnistuerei nicht einmal das deutsche Volk darüber vorzeitig etwas erfahren sollte. Daß es anders kam, ist einigen Berliner Blättern zu danken, die den Bann des Schweigens durchbrachen.

Das vielgeläufige Wort von der Neuorientierung, vom ehemaligen Sozialminister Delbrück erfunden und vom Grafen Pjadowksy in seinem letzten Zeitungsartikel als gar nicht schön empfunden, war schon arg in Mißkredit geraten. Bei den einen, nämlich den Vertretern der sterbenden Zeit, verhaßt, weil sie — mit Recht — besorgten, die Entwicklung werde doch einmal über geheiligte Traditionen und verbrauchte Systeme hinwegschreiten; bei dem weitaus größeren Teile der andern immer unbeliebter werdend, da von der Neuorientierung so winzige Dosen verabreicht wurden und dann nur ätzend oder fast widerstrebend, daß auch den bescheidensten Gemütern dabei Trotzgefühle ankammet mußten. Dafür erhoben aber die Alldeutschen nationalliberaler und konservativer Prägung ihre Stimme gegen jegliche Neuorientierungsarbeit lauter und lauter, und ihre Kriegsbegeisterung nahm in dem Maße zu, wie im Volke das Friedensbedürfnis immer stärker quoll.

Der vom Reichstag am 29. März d. J. mit bewukter Entschlußkraft eingeleitete Verfassungsausschuss konnte mit dem Stimmenverhältnisse 227:33 als das erste Anzeichen gedeutet werden, daß man der Politik der Versprechungen und Deklamationen des Reichskanzlers, der sich als ein wortbegeisterter Verkünder der Neuorientierung im großen gezeigt hatte, jedoch den Übergang von der rhetorisch hohen Weisheit zu den Dingen nicht zu finden vermochte, überdrüssig war und dafür die Politik des Handelns setzen wollte. Zumal in Sachen der kaiserlichen Osterbotschaft, die gar bald zu einem Objekt der Ausfertigung geworden war, weil sie in der Verheißung eines neuen Wahlrechts für Preußen eine große Lücke enthielt, Herr v. Bethmann Hollweg sich wieder als zu gefügig gegenüber der starren Interessenpolitik der „unenwegten“ Preußen erwies. Der Wille hatte bei ihm aus der Erkenntnis keine Konsequenzen gezogen. Dieser Verfassungsausschuss zeigte sich nicht von epidemischer Erneuerungslust besessen und wurde deshalb viel gescholten. Immerhin ist er, in Ansehung der widerstreitenden Teile in seiner Zusammenfassung, besser als sein Ruf. Die Dinge sind durch ihn mit in Fluß gebracht

worden, und was Ministerialdirektor Bewald als ständiger Regierungsvertreter in dem Verfassungsausschusse als Auffassung der Steuerleute des Reiches vertrat, hat klärende Deutlichkeit gebracht, daß so nimmer weifergewürfelt werden kann.

Die Stimmung im Volke zeigte einen recht ungünstigen Stand. Auf dem Ernährungsgebiete jagte ein Verlagen und ein Mißerfolg den andern. Die russische Revolution, hinter der gar viele schon den Frieden greifbar nahe sahen, die sich aber zu einer fürchterlichen Menschenopferung neuorientierte, wie auch die dadurch in bedenklichstem Maße desavouierten Stockholmer Vorkonferenzen zu einer planmäßigen Friedensbekundung des internationalen Proletariats waren gleichfalls blendende Scheinwerfer. Dazu dann das Bekreisch unsrer Eroberungspolitiker, die an alles andre denn an eine Beendigung dieses Schreckens ohne Ende denken.

In diese starkgeladene Atmosphäre fuhr nun der Abgeordnete Erzberger vom Zentrum Ende voriger Woche mit einer so herzhaften Rede hinein, daß den Vorgängen im Hauptausschusse Tiefen- und Fernwirkungen zukommen, wie sie vor acht Tagen noch niemand für möglich gehalten hätte. Was Erzberger sagte und als Gebot der Stunde aufstellte, war von sozialdemokratischen Rednern ebenso oder ähnlich nicht zum ersten Male gesagt worden. Aber der Vorstoß Erzbergers war derart konzentrisch und kam so unerwartet, daß er die größte Sensation seit langem bildete.

Zu einem aufrührenden Ereignis wurde Erzbergers Kampfanlage und schonungslose Kritik aber erst dadurch, daß gerade ein Saupführer des Zentrums in die Arena trat, und dann wohl auch durch eine gutem Vermuten nach in petto gehaltene Verweigerung der von neuem geforderten Kriegskredite. Nicht, daß die sozialdemokratische Partei damit Deutschland in seiner Verteidigung preisgeben wollte, davon kann nicht die Rede sein, wo, wie vor kurzem die „Frankfurter Zeitung“ feststellte, nunmehr 25 Staaten mit uns gebrochen haben, aber es würde doch von größter politischer Tragweite geworden sein, wenn diese Partei mit einer Reihe der gewichtigsten Gründe ihre Ablehnung begründet haben würde. Erzbergers Bombe hätte doch nicht diese Wirkung auszuüben vermocht, wenn nicht, wie wir annehmen, ein solches Pressionsmittel zur Verfügung gehalten wäre.

Mit den ausschweifenden alldeutschen Kriegszielen wird es nun aus sein, und die der Regierung können jetzt nicht anders lauten als im August 1914. Der Reichstag selbst wird mit einer Friedenskundgebung hervortreten. Damit ist der Sache des Friedens ganz wesentlich gedient, dessen schnelle Herbeiführung allerdings nicht allein bei Deutschland liegt. Die Demokratisierung Deutschlands aber ist nunmehr in Gang gekommen. Die Verhandlungen der Parteien, die Ministerkonferenzen, zweimaliger Kronrat und was alles in den letzten Tagen sich in schneller Aufeinanderfolge abspielte — es ging nur um diese Grundfragen, zu denen die Konservativen ablehnend und die Nationalliberalen uneinig stehen.

Der erste und beträchtliche Erfolg ist der kaiserliche Erlass vom 11. Juli, der für den Gesetzentwurf über das preussische Wahlrecht die Aufnahme des gleichen Wahlrechts und die Vornahme der nächsten Wahlen nach dem so gestalteten Wahlrechte bestimmt. Das Reichstagswahlrecht soll also auf Preußen übertragen werden! Die Annahme dieses emi-

nenen Fortschritts liegt allerdings beim preussischen Landtag — auch beim Herrenhause —, welche ersterer aber nach Kaufe geschickt werden kann, wenn er dem Willen des Staatsoberhauptes und des Volkes sich nicht beugt. Selbsterfänglich muß nun auch in den Bundesstaaten Auskehr gehalten werden mit den Klassenwahlrechten. Die sächsische Regierung hat sich da am weitesten exponiert; indem sie es über die Frage der Neuorientierung zu einem offenen Bruche mit ihrem Parlamente kommen ließ. Die innere Neugefaltung muß also das ganze Reich erfassen, muß wirklich und tatsächlich sein!

Selbstverständlich hat es mit dem einen, wenn auch großen Schritte nicht sein Bewenden: die Einführung des parlamentarischen Systems ist die nächste Station. Bis zum Erscheinen unsrer nächsten Nummer wird darüber wohl mehr Klarheit geworden sowie auch über das Verbleiben oder Ausscheiden der einzelnen Staatssekretäre und preussischen Minister Entscheidung getroffen sein, betreffs des Reichskanzlers mit. So mancher paßt einfach nicht in den „neuen Streifen“. Auch weiter abwärts muß sichtlich neuorientiert werden.

Die große Erneuerungsarbeit wird indes noch viele andre und wichtige Aufgaben — nicht in letzter Linie auf dem weiten Gebiete des Arbeiterrechts — vorfinden, und es wird sich als sehr notwendig erweisen, daß nach so offenkündigen Mißerfolgen nicht nur das System, sondern auch die Methoden geändert werden müssen. Vom Obrigkeitstaat zum Volkstaat — das ist die Lösung und das Gebot der Stunde, wozu die nunmehr endlich vervollständigte Osterbotschaft einen guten Anfang bedeutet.

Das deutsche Zeitungs Wesen

Vom Kriegspresseamt ist unlängst ein „Handbuch deutscher Zeitungen 1917“ herausgegeben worden. Bearbeitet von Rittmeister a. D. Oskar Michel, verlegt von Otto Esner, Verlagsgesellschaft m. b. S. in Berlin, 440 und LXIV Seiten, gibt dieses Handbuch einen erschöpfenden Überblick der deutschen Tagespresse und bringt zuverlässige Angaben auch über die scheinbar nebensächlichsten Umstände. Wir beschränken uns der bekannten Zwangsverhältnisse wegen nur auf eine Zusammenfassung der wissenswerteren Feststellungen.

Im ersten Vierteljahre 1917 erschienen nur noch 2938 Zeitungen (vor dem Kriege 3500) in 1977 Orten. Der Krieg hat sich auch sonst stark geltend gemacht. Der Gebrauch von Matern und halbfertigen Zeitungen (Vorbrücke) ist mehr in Aufnahme gekommen. Die Gratisbeilagen sind sehr eingeschränkt worden. Wo vor dem Kriege bis zu vier Schriftleitern tätig waren, ist zuweilen keiner mehr vorhanden; der Verleger oder sein Geschäftsführer besorgen auch die Redaktion.

Die Gründung fällt bei 9 Zeitungen noch in den Zeitraum von 1801 bis 1700, bei 100 von 1701 bis 1800, bei 982 von 1801 bis 1870, bei 447 von 1871 bis 1880, bei 505 von 1881 bis 1890, bei 424 von 1891 bis 1900, bei 349 von 1901 bis 1910, bei 106 von 1911 bis 1916.

Aber die Erscheinungsweise ist zunächst zu sagen, daß noch 1246 Zeitungen nicht täglich erscheinen; 1561 kommen täglich einmal, 109 zweimal, 8 dreimal und 1 sogar viermal täglich heraus. Mit zweimaligem Erscheinen steht die Rheinprovinz an erster Stelle durch 21 Blätter, dann Provinz Brandenburg einschl. Berlin und Bayern mit Rheinpfalz mit je 16. Zeitungen mit täglich dreimaligem Erscheinen weisen auf: Rheinprovinz 3, Schlesien 2, Bremen 1, Provinzen Slesien-Nassau und Sachsen je 1. Die eine viermal am Tage herauskommende Zeitung entfällt auf die Rhein-

provinz. Die Erscheinungszeit ist bei 552 Blättern morgens, 426 mittags, 889 nachmittags und 612 abends.

Die Auflage beträgt bei 63 Zeitungen bis 500, 224: 1000, 484: 2000, 623: 5000, 340: 10000, 261: 50000, 42: 100000, 19 über 100000. Es besteht bei den Auflagen die kolossale Spannung von 150 Exemplaren als kleinste und 270000 als größte Auflage. Der geringste Jahresumfang stellt sich auf 96, der größte auf 10918 Seiten. Gratisbeilagen haben 1292 Zeitungen, 444: 2, 87: 3, 21: 4, 13: 5, 2: 6. Der Bezugspreis beträgt vierteljährlich 1,50 Mk. bei 1366, bis 2 Mk. bei 747, über 2 Mk. bei 805. Der höchste Preis ist 9 Mk.

2052 Blätter werden in Flach-, 872 in Rotationsdruck hergestellt. Malern oder Vorbrüche werden von 905 Zeitungen verwendet. Der Druck erfolgt von 2773 Zeitungen in eignen Betrieben, bei 152 in fremden. Die handelsrechtliche Form der Zeitungsverlage ist bei 2462 Blättern die Einzelirma, bei 21 G. u. m. b. H., bei 358 G. u. m. b. H., bei 66 Aktiengesellschaft und bei 26 Kommanditgesellschaft.

Eine sehr interessante Seite des „Handbuchs“ ist die Statistik über die politische Tendenz der Zeitungen. Der Richtung nach sind 4 Blätter dänisch, 23 polnisch, 61 freikonfessionell, 79 sozialdemokratisch, 214 konservativ, 214 national (ein recht ungenaues politisches Kriterium), 216 nationalliberal, 277 volksparteilich bzw. freisinnig, 400 Zentrum und 1450 parteilos.

Die Zahl der Armezeitungen betrug am 1. Februar d. J. 47, darunter gelten 9 als Zeitungen für besetzte Gebiete. Unseres Wissens sind seit Januar fünf Neugründungen zu verzeichnen, so daß es inzwischen über 47 Blätter dieser Art geworden sind; jedenfalls mehr als genug.

Die deutschen Zeitungen haben gegenwärtig einen sehr schweren Stand. Was die übertrieben verschärfte Papierkontingentierung ihnen für Wunden schlagen wird, ist nicht entfernt abzusehen. Die daneben laufende Gefahr der durch die außerordentlich starke zwangsweise Beschränkung des Umfangs herausbeschworenen Einheitszeitung, eines einfachen Nachrichtenblattes, ist eine große geistige Schädigung des deutschen Volkes, das durch die vielen parteilosen Zeitungen ohnehin schon zu sehr entpolitisiert ist. Wenn aber der großkapitalistische Pressekrust, der von den Schwerindustriellen als „Auslandsanzeigengesellschaft m. b. H.“ gegründet ist und seine Fangarme hauptsächlich nach liberalen Zeitungen ausstreckt, um sie nach Erwerb in das alldeutsche Fahrwasser zu bugieren, seine Geschäfte mit Glück betreiben kann, dann würde es um die Selbständigkeit der deutschen Presse traurig bestellt sein und damit auch um eine objektive Aufklärung des Publikums.

Wie kein der Pressekrust die Sache andröhrt, hat sich jetzt beim Ankauf der alten fortschrittlichen „Weserzeitung“ in Bremen gezeigt, deren Verlag erklärt hat, ihm sei nicht bekannt gewesen, wer in Wirklichkeit hinter den Käufers steckt. Solche Neuorientierung sollte sich die Presse kräftig vom Hals halten!

□ □ □ Vom Hilfsdienst □ □ □

Gewerkschaften, Arbeitgeberverbände und Hilfsdienstgesetz.

Über sieben Monate haben wir unter dem Hilfsdienstgesetz. Wir wollen nicht unterfragen, wie weit sich die an die Ausführung desselben geknüpften Erwartungen bzw. Befürchtungen erfüllt haben. Für uns ist aber die Frage von Belang, welche Bedingungen die teilweise durch Ausführungsbestimmungen nicht immer im günstigen Sinne erweiterten Paragraphen des Gesetzes für die Arbeiterchaft geschaffen haben, wie sich die wirtschaftlichen Parteien im Spiegel des Gesetzes zeigen, und welche Wege die Gewerkschafts- und Arbeiterführer dieser Kriegsnotwendigkeit gegenüber eingeschlagen haben.

Im Zustande der Zersplitterung, miteinander widerstrebender und sich bekämpfender Gruppen, wird die Arbeiterchaft niemals ihren vollen Willen zur Geltung bringen können. Es ist demzufolge schon ein Erfolg, wenn es gelingt, die unheilvollen Folgen der Zersplitterungen zu mildern und am grünen Tische sowie den sogenannten Herren im Hause gegenüber zu beweisen, daß Arbeiterchaft und Gewerkschaften Faktoren sind, die sich nicht unbeschadet beiseite drängen lassen, zumal nicht in Kriegszeiten.

Das zeigt sich so recht beim Hilfsdienstgesetz. Wie alle andern Kriegsnotwendigkeiten, hat dieses unerfreuliche Seiten. Die persönliche Freiheit, das Selbstbestimmungsrecht jedes einzelnen Arbeiters sind zweifellos durch das Gesetz beeinträchtigt. Wir müssen uns jedoch darüber klar werden, wessen wir uns zu versehen hätten, wenn der Gesetzentwurf, wie er ursprünglich ausgearbeitet war, Gültigkeit erlangt hätte, was an sich außer Frage stand. Es ist ein großes Verdienst der Arbeiter- und Gewerkschaftsführer, daß sie nicht, wie es gewünscht war, ohne weiteres dem Gesetzentwurf ihre Zustimmung gaben, sondern in berechtigtem Mißtrauen gegen solche, eminent wichtige Arbeiterfragen berührende gesetzliche Schnellschüsse erst einmal die Folgen in Erwägung zogen, die ungünstigsten Bestimmungen ausmerzten oder Verpflichtungen ein-

schalteten, die als Gegenleistung für die Verschlechterungen anzupreden sind. Wenn daher behauptet wird, die Gewerkschaftsführer hätten beim Hilfsdienstgesetz den Arbeiterinteressen zuwidergehandelt, so zeugt das von Unkenntnis, oder es stecken böswillige Absichten hinter solchen Behauptungen.

Ein Gradmesser zur Beurteilung der Fähigkeit der Gewerkschaftsführer sind die Zusatzen des Arbeitgeber und ihrer Presse. Eine gute Illustration hierzu bietet die Eingabe der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, die im Mai d. J. an General Groener in Sachen des Hilfsdienstes gerichtet worden ist. Es wird darin ungeheuer dick aufgetragen und förmlich die Grützen des Vaterlandes in Zweifel gezogen. Mit scharfen Worten weist die Arbeitgeberverbandszentrale gegen die Änderungen, die der Gesetzentwurf durch die Verhandlungen im Reichstagsrat gefunden hat und wofür die für die Verabschiedung des Gesetzes zuständigen Stellen verantwortlich gemacht werden. Während der ursprüngliche Kern des Gesetzes natürlich ungeheuer wird, hat der jetzige § 9 Abs. 3 es den Arbeitgebern besonders angehen. Darin wird bekanntlich als Grund für einen Stellenwechsel eine angemessene Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Hilfsdienste gewährt. Der Ausdruck „angemessen“ gönnt den Arbeitern nach Meinung der Arbeitgeber viel zu viel Luft und Freiheit. Als schädliche Folgen dieser Bestimmung werden in der Eingabe immerwährende Lohnsteigerungen, unehringlicher Verlust an Arbeitszeit, unabhägige Beunruhigung der Betriebe usw. angeführt, und es wird dringend empfohlen, durch Schärfung des Verantwortlichkeitsgefühls der Schlichtungsausschüsse und durch Einengung des Spielraums in der Auslegung dieses Paragraphen der Unruhe in der Arbeiterchaft und dem Anreiz zu weiteren Lohnforderungen und daraus folgenden Lohnsteigerungen energisch Einhalt zu gebieten.

Schwer bemängelt wird in der Eingabe ferner die Unterstellung der vom Heeresdienste Reklamierten unter die Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes, namentlich unter die Vorschriften des Abkehrrechts durch Erlass vom 2. Dezember 1916. Dadurch seien die für einen bestimmten Betrieb reklamierten, zurückgestellten und von der Front entlassenen Arbeiter in der Lage, bei den jetzigen hohen Löhnen und unter dem Schutze des § 9 Abs. 3 längere Zeit zu feiern, sich also zugleich der vaterländischen Arbeit und dem Heeresdienste zu entziehen. Die Wiederherstellung des Zustandes vor genanntem Zeitpunkt wird deshalb gefordert. Das heißt nichts weniger als: Der eingezogene Arbeiter ist dem Unternehmer auf Gedeih und Verderb ausgeliefert, und wenn er murr, wird er bald wieder in der Uniform parieren lernen.

Schließlich, um noch einen der vielen in der Eingabe bemängelten Punkte herauszugreifen, ist man mit der Fähigkeit der Schlichtungsausschüsse gar nicht zufrieden. Zur wirklichen Durchführung des Hilfsdienstzwanges seien zunächst Feststellungs- und Einberufungsausschüsse erforderlich gewesen, nicht Schlichtungsausschüsse, die sich gegenüber den vaterländischen Absichten des Gesetzes mehr hemmend als fördernd zeigen.

In solcher Weise hämmert die Eingabe auf die Köpfe der den Arbeiter- und Gewerkschaftsinteressen doch wirklich nicht so gefügigen Regierungsleute, und in dieser Sonart geht es weiter im arbeitgeberverbänderrischen Blätterwald. In demselben Augenblick aus dem Munde von radikalen Arbeiterführern zu hören, die Mehrheit der politischen Arbeitervertreter und die Gewerkschaftsvertreter hätten untern Interessen zuwidergehandelt, hört sich alles andere denn überzeugend an.

Es wäre Raumergendung, wollten wir in eine ausführliche Widerlegung und Polemik gegen die Eingabe, von der wir nur einige Punkte streifen, eintreten. Erfreulich ist es jedoch im Interesse des großen Ganzen, daß die nette Absicht, unter dem Deckmantel der vaterländischen Notwendigkeit so recht eine Anebelung aller Arbeiterrechte herbeizuführen, an der Wachsamkeit untrer Führer scheitert ist.

Die Einführung der Arbeiterauschüsse.

Die Liebe mancher Unternehmer für strikte Durchführung von Gesetzesvorschriften ist eigener Art. Dort, wo es heißt, den Forderungen des Arbeiterrechts entgegenzukommen, ganz besonders. Ebenso wie man gegen die Schlichtungsausschüsse wehrt, hat es mit der Einführung der Arbeiterauschüsse vielfach gute Weile. Weides aber sind eminent wichtige Positionen des Arbeiterrechts.

Es müssen bekanntlich in den Betrieben, wo mindestens 50 Arbeiter beschäftigt werden, Arbeiterauschüsse errichtet werden. Dieselben sind also eine gesetzlich festgelegte sozialpolitische Einrichtung, deren Aufgabenkreis ebenfalls gesetzlich geregelt ist, und zwar im § 12 des Hilfsdienstgesetzes. Auch die Rechtsstellung der einzelnen Mitglieder der Arbeiterauschüsse ist gemäß § 13 einer Bekanntmachung des Bundesrats vom 30. Januar 1917 einigermaßen gesichert. Gewiß kann ein Unternehmer noch immer Mittel und Wege finden, um einen ihm unbequemeren Arbeitervertreter loszuwerden, doch kann bei einem öffentlichen Verstoße der Rechtsweg beschritten werden.

Die organisierte Arbeiterchaft hat alles getan, um den durch das Hilfsdienstgesetz geforderten Kriegsnotwendigkeiten gerecht zu werden und hat sich der zeitweiligen Beschränkung ihrer Rechte nicht widerlegt. Aus diesem Grunde muß auch gesetzlicher verlangt werden, daß die Unternehmer sich nicht willkürlich über Gesetzesbestimmungen hinwegsetzen, was dort der Fall ist, wo die gesetzlich zum Schutz und zur Vertretung der Arbeiter angeordneten Arbeiterauschüsse noch nicht eingeführt sind. Dies ist leider noch an vielen Stellen der Fall, und wir schließen uns in dieser Hinsicht völlig den scharf verurteilenden Worten an, die am 30. Juni das Zentralorgan der Kirch-Dunderschen

Gewerksvereine an die Adresse derjenigen Unternehmer richtete, die bisher glauben, Gesetze seien dazu da, um nicht beachtet zu werden.

Es ist hohe Zeit, daß allenthalben streng auf sofortige Einrichtung der Ausschüsse geachtet wird, auch in unserm Gewerbe. Eventuell müssen geeignete Maßnahmen zur Erzeugung dieser gesetzlich verbrieften Forderung unerbüßlich in die Wege geleitet werden können. Weiter ist aber vorzudenken, aus diesen Arbeiterauschüssen nun auch ein wirkungsvolles Instrument zur Vertretung der Arbeiterinteressen zu machen; die Mittel dazu sind ja durch das Hilfsdienstgesetz gegeben. Die Gewerkschaften haben das größte Interesse daran — und von der Regierung ist das schon halb und halb zugestanden —, die Arbeiterauschüsse des nicht aus objektiven, sondern aus agitatorischen Gründen vielgeschmähten Hilfsdienstgesetzes als dauernde Einrichtung zu erhalten, sie also als Zwangsvorschrift in die Gewerbeordnung aufzunehmen, deshalb müssen sie nicht allein überall eingeführt werden, sie müssen sich tatsächlich auch gut einleben!

Erfahrungen bei den Arbeiterauschüssen und mit den Arbeiterauschüssen.

Die vorstehenden Ausführungen unfres Mitarbeiters waren schon gesagt, da finden wir in der „Internationalen Korrespondenz“ vom 11. Juli eine Notiz, die einigermaßen befreudet. Mit der Errichtung von Arbeiterauschüssen soll nämlich nur noch eine Anzahl kleinerer Betriebe im Rückstand sein. Wir halten das im „Gewerkverein“ von dem Vorsitzenden der Kirch-Dunderschen Richtung Gesagte (siehe den vorausgehenden Abschnitt) für richtiger. Im Reichstagsausschusse für das Hilfsdienstgesetz wurde nämlich Mitte Mai vom Abgeordneten Bauer (zweiter Vorsitzender der Generalkommission) Beschwerde geführt, daß immer noch keine Frist bestimmt sei, innerhalb welcher die Wahlen zu den Arbeiter- und Angestelltenauschüssen vorgenommen sein müssen, so daß in den meisten Betrieben solche Ausschüsse noch nicht errichtet wären. Unterstaatssekretär Richter erklärte darauf, dem Ausschusse werde wahrscheinlich bald der Entwurf zu einer Verordnung zugehen, die einen Zeitpunkt festsetzt, bis zu welchem die Wahlen vorgenommen sein müssen, andernfalls Befristung eintritt. Wir haben im Organ des Kriegsams jedoch bis jetzt von einer solchen Verordnung noch nichts entdeckt. Am 24. Mai brachte das amtliche Verordnungsblatt des Kriegsams lediglich ein vom preußischen Minister für Handel und Gewerbe herausgegebenes vereinfachtes Muster für die Feststellung des Wahlergebnisses. Ob die Umgestaltung der schon vor dem Hilfsdienstgesetz bestehenden Arbeiterauschüsse noch weitere Schwierigkeiten bereite, weil die Großindustrie sich hier eine im Gesetze weitest mögliche Gunst macht, um den Herrn im Saule weiter spielen zu können, wissen wir nicht. Es ist zweifellos zu beurteilen, daß für die vollständige Einführung der Arbeiterauschüsse sich nicht die notwendige Energie zeige. Mit den Ausführungsverordnungen ist oft genug eine Verhärkung des Gesetzes geschaffen worden; die Landeszentralbehörden haben dadurch manchmal einen Zug hineingebracht, der gegen den Willen der Reichsstellen ist. Warum ist nicht besser für eine schnellere Durchführung der für die Arbeiterchaft zweifelsohnen Gesetzesbestimmungen gefordert worden? Von den Angestelltenauschüssen gilt das gleiche. Der „Vorwärts“ brachte ebenfalls Mitte Mai eine Zuschrift aus dem Saargebiete, wonach in den großen Hütten- und Eisenwerken dort die Arbeiterauschüsse fast noch gänzlich fehlten. Wir glauben nicht, daß darin inzwischen eine gänzliche Änderung eingetreten ist, wie nach der „Internationalen Korrespondenz“ angenommen werden muß. Wenn die Hüttenherren bequemen sich nicht leicht dazu, den Arbeitern räumen sie so weitgehende Rechte nur durch starken Zwang ein.

Über die Vornahme der Wahlen schreibt die „J. A.“, sie wären ohne nennenswerte Kämpfe erfolgt. Die Zentralstellen der freien, christlichen und Kirch-Dunderschen Gewerkschaften hätten dafür gesorgt, daß die Aufstellung getrennter Wahlvorstandlisten nach Möglichkeit unterbleibe. Es sollte dadurch den Gelben, um die im Hilfsdienstauschusse des Reichstags mehrmals bestiger Streit entbrannte — Legien ist dabei massiv aufgetreten —, das Eindringen in die Arbeiterauschüsse vereitelt werden, weil sie als Arbeitervertreter nicht zu betrachten sind. Das ist im wesentlichen auch erreicht worden. Die geheime Wahl hat sogar in den größten Betrieben, die als Hochburgen der Gelben bekannt sind, diesen beträchtlich weniger Stimmen eingebracht, als sie Mitglieder zählen. Auf den Kruppwerken in Essen wurden für die freien Gewerkschaften 42904 Wahlzettel abgegeben, für die Gelben nur 4193. So ist durch die Arbeiterauschüssewahl den Wirtschaftsfriedlichen viel von dem Zaulemnimbus genommen, mit dem sie von den Wortführern der Großindustriellen umgeben wurden. Das ist eine begrüßenswerte Klärung.

Daß denjenigen Unternehmern, die sich so schwer an ein Mitbestimmungsrecht der Arbeiter gewöhnen können — und das ist trotz der unverheißbaren Stärken des Hilfsdienstes für die Arbeiterchaft der wesentliche Gewinn aus diesem Gesetze, daß es hierin endlich für die meisten Arbeitergruppen die Bahn auch für später freimacht —, es doch wieder in den Sinn kommt, Vertreter der Arbeiterchaft zu mahrgeln, gebührt auch zu den bisherigen Erfahrungen. Der „Grundstein“ vom 14. Juli bringt aus dem Zweigverein Köln des Bauarbeiterverbandes Mitteilungen über Firmen, denen mit scharfer Anwendung der Strafbestimmungen des Gesetzes erst die nötige Respektierung der Arbeiterauschussmitglieder beigebracht werden muß. Der Mahrgelungstrib ist nicht auf einmal bei herrschlichsten Unternehmern auszueroften. Es kann das jetzt aber nachhaltiger gesehen als vordem, wo die

gewerkschaftliche Selbsthilfe allein für die Vertrauensmänner der Arbeiter eintreten mußte. Die Abgewöhnungskur kann nur aber durch zwei Mittel betrieben werden, und da doppelt ja besser dritt, werden die Arbeiterauschüßmitglieder bald nicht mehr die Zielobjekte für Unternehmerwillkür sein.

Ein Unternehmerbekenntnis.

In Ergänzung der vom Kollegen -st. im ersten Abschnitt gutbeurteilten Verbesserungsvorschläge noch ein Vorkommnis, das drastisch die Stimmung bei den Großindustriellen über das Hilfsdienstgesetz kennzeichnet. Neulich war in Köln ein Kreis von Industriellen zu persönlichem Kafe beisammen. Geheimrat Quisberg, ein Hauptvertreter der Schwerindustrie, bemerkt die Verminderung der Leistungsfähigkeit der Arbeiter auf 20 Proz. gegenüber normalen Zeiten. In totaler Verkennung der Dinge suchte er ausdrücklich nicht in den Ernährungschwierigkeiten, sondern im Hilfsdienstgesetz die Ursachen dafür: Das verdammte Hilfsdienstgesetz muß aufgehoben werden, und zwar sofort, damit die Agitation aufhöre und wieder Ordnung in die Fabriken kommt. Dann wird auch die Produktion wieder steigen. Dieses Bekenntnis eines Großen unter den Scharfmachern beschäftigt vollends, was von den Anshuldigungen zu halten ist, die offen oder demagogisch verfaßt gegen die Zentrale und die Leistungen der Gewerkschaften gerichtet worden sind.

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

Darmstadt. Die am 1. Juli abgehaltene Bezirksversammlung war nur mäßig besucht. Der Vorsitzende feierte nach Ehrung eines gefallenen und eines verstorbenen Kollegen das Ergebnis der letzten Statistik in unserem Bezirke mit, worin einzelne sehr bemerkenswerte Ziffern festgelegt wurden. Die Arbeitslose schwanken zwischen 18 Mk. (Snovalde) bis 53 Mk. Natürlich sind solche Ziffern nach oben einzeln. Das Kleben an den Feinigen ist sehr auffällig, was durch folgende Ziffern belegt werden kann: Löhne von 28,44, 39,44, 40,69 Mk. usw. Im Besonderen sind noch fünf 184 Gehilfen. Diesen stehen rund 100 Lehrlinge gegenüber. Ein bedauerliches Zeichen der Zeit. Aber das Lehrlingswesen entspannt sich eine Debatte, aus der hervorging, daß dem Überhandnehmen der Lehrlinge entschieden entgegenzuwirken werden muß. Hierauf erstattete Kollege Knoblauch Bericht von der letzten Gau- bzw. Bezirksvorsteherkonferenz, woran sich keine Debatte anschloß. Im großen und ganzen war die Versammlung mit den dort gefaßten Beschlüssen einverstanden.

Erfurt. (Vierteljahrsbericht.) Im zweiten Vierteljahre haben drei Versammlungen stattgefunden. Von der ersten (im April) wurde schon in Nr. 47 berichtet. — Die am 12. Mai abgehaltene Versammlung brachte uns einen Vortrag des Kollegen König (Halle) über: „Aus der Zeit — für die Zeit“. Er begann seinen Vortrag mit der Aufforderung an die jungen Kollegen (von denen neun in der vorigen und drei in dieser Versammlung aufgenommen wurden), jede Gelegenheit wahrzunehmen, ihre Kenntnisse zu erweitern, um allen an sie gestellten Anforderungen gerecht werden zu können. Im weiteren freifte er das Hilfsdienstgesetz, dem durch die Mitwirkung der Vertreter der Arbeitererschaft die schlimmsten Härten genommen seien, sodann die Frage der Tarifrevision und schließlich die neuen Steuerungsanlagen, die — wenn auch keinen Ausgleich — gegen die früheren Bewilligungen doch einen Fortschritt bedeuten. In der Diskussion kam zum Ausdruck, daß die neuen Steuerungsanlagen wohl einen Fortschritt darstellen, daß man es aber lieber gesehen hätte, wenn sie einseitig (d. h. ohne Staffeln) erfolgt wären. Da die Steuerungen immer weiter schreitet — man denke nur an die fabelhaften Gemütspreise! —, verschlechtere sich die Lage der Gehilfenerschaft, anstatt sich zu bessern. — Die Sommerversammlung war hauptsächlich der Berichterstattung über die Gau- und Bezirksvorsteherkonferenz gewidmet. Während sich die Versammlung mit den auf der Gauvorsteherkonferenz gefaßten Beschlüssen unter den bestehenden militärischen Verhältnissen im großen und ganzen einverstanden erklärte, legte sie scharfen Protest ein gegen den von der Bezirksvorsteherkonferenz beliebigen Verteilungsmodus der 7500 Mk., die unsern Gau zur Unterstützung der Kriegerverwunden aus der Verbandskasse überwiesen worden sind. (Nach diesem Modus hat der Bezirk Erfurt fast 1310 Mk. für 437 Mitglieder am 1. Juli 1914 nur 634 Mk. erhalten.) Die Versammlung war der Ansicht, daß die 7500 Mk. an die einzelnen Bezirke genau so verteilt werden müssen wie die 210000 Mk. an die einzelnen Gauen (also pro Mitglied 3 Mk.), ohne Rücksicht darauf, welche Summe der einzelne Bezirk für diese Unterstützung aus eignen Mitteln aufgebracht hat. Da diese Verteilung schon das zweifelhafte in unserm Gau gelibt wurde (wodurch der Bezirk Erfurt 1352 Mk. weniger erhielt, als ihm rechtmäßig zustanden), beauftragte die Versammlung den Vorsitzenden, sich beschwerend über den Verbandsvorstand zu wenden. (Sich inzwischen geloben; der Verbandsvorstand hält diese Verteilung für gerecht.) Auch im Juni hatte der Ortsverein wieder zwei Dv. des Weltkrieges zu beklagen, und zwar die Kollegen Hermann Dietrich und Ernst Haun; es sind nur 32. Zur Zeit zählt der Ortsverein noch 115 Mitglieder.

Tschehe. Am 5. Juli konnten die „Tshehoer Nachrichten“ auf ein 100jähriges Bestehen zurückblicken. Von einer besonderen Feier wurde in Anbetracht der Verhältnisse abgesehen, anstatt dessen wurde aber sämtlichen Angestellten ein namhafter Geldbetrag zuteil. Bemerkens-

wert ist, daß der Kollege Gehl bereits das 50- und 75jährige Geschäftsjubiläum der Firma mitgefeiert hat.

Leipzig. (Maschinenmeißererein.) In der am 29. Juni abgehaltenen, den Jubiläumenden entsprechend beachteten Versammlung beschloß man sich zunächst mit Vereinskommunikationen, aus welchen erwähnt werden soll, daß für den Herbst ein Kursus für Ausschließen und Formtmachen sowie eine technische Erkursion nach den Farben- und Papierfabriken in Altona oder b. Halle geplant sind. Betreffs einer später zu veranlassenden Ausstellung werden unter jedweden Kollegen gebeten, die an der Front gesammelten beachtenswerten Kriegsdrucksachen einzuliefern. Auf Grund von Erhebungen über den Umfang der Verwendung Angeleiteter in den Maschinenläden sei mitgeteilt, daß 25 hiesige Firmen von den ihnen zugestandenen 125 zugewilligten ungelerneten Arbeitskräften 52 eingestellt haben. Hauptsächlich werden dieselben im Formatschleifen, Beaufsichtigung des Druckes und der Anlageapparate, Bedienen von Ziegelpressen und zum Teil auch im Zureichten beschäftigt. Allgemein beurteilt, reichen deren technische Kenntnisse bis jetzt nicht weiter als bei einer zwei bis dreijährigen Lehrlingsausbildung. Diese unbetriebligen Resultate haben vorläufig zu weiteren Einstellungen nicht geführt. Trotzdem ist ein wachsam Auge auf diese tariflichen Ausnahmezustände zu richten. Zum zweiten Punkte der Tagesordnung: „Ausprache über die Tätigkeit der Zentralkommission“, erklärte die Versammlung, daß nach Kriegsende wieder eine umfassendere und grundlegendere Arbeit von der Zentralkommission gewünscht wird unter Beachtung der vom letzten Kongress festgelegten Beschlüsse und Richtlinien. Für die während des Krieges geleistete Arbeit, die nicht immer und für jeden einzelnen Kollegen zu erkennen war, die auch unter mannigfachen Erchwernissen geleistet wurde, sprach die Versammlung dem Kollegen Geisler als hauptsächlichem Träger der Geschäfte ihren Dank aus. Als gänzlich ungeeignetes Mittel, Besserung in den gegenwärtigen Verhältnissen zu schaffen, wurde die von einzelnen Vereinen durchgeführte Beitragsperre betrachtet, die die Schwierigkeiten nur noch erhöhen würde, wie auch die Herabsetzung einzelner Personen der bisherigen Zentralkommission, deren Arbeitsfreudigkeit dadurch nur untergraben wird.

Gaarbrüchen. Auf ein hundertfünfundsiebzigjähriges Bestehen konnte am 1. Juli die Buchdruckerei Gebr. Hofer, Verlag der „Gaarbrücker Zeitung“, zurückblicken. Die Buchdruckerei befindet sich seit der Gründung in dem ununterbrochenen Besitze der Familie Hofer. Aus Anlaß des 175jährigen Bestehens fand am 1. Juli vormittags in dem Zeitungsverandlaub ein der Zeit angepaßter Festakt statt. Hierzu waren neben dem Gesamtpersonal Vertreter der Staats- und städtischen Behörden, der Handels- und Handwerkskammer usw. erschienen, ebenso Vertreter des Deutschen Buchdruckervereins sowie der örtlichen Prinzipals- und Zeitungsverlegerorganisationen. In längerer Ansprache gab der Chef der Firma, Herr Richard Hofer, einen Rückblick über das Werden des Geschäfts bis jetzt. Darauf sprachen die Vertreter der Organisationen ihre Glückwünsche aus. Die Glückwünsche des Gesamtpersonals überbrachte Chefredakteur Zühlke. Eine recht erfreuliche Mitteilung in jebiger Zeit für das Personal war die am Vortage zur Auszahlung gebrachte Jubiläumsgabe der Firma. Es erhielten sämtliche Beschäftigte Geldgeschenke, und zwar die Gehilfen bis zu einjähriger Tätigkeit 25 Mk., bis zehn Jahren 50 Mk., bis zu fünfundsiebzig Jahren 75 Mk., über fünfundsiebzig Jahre 100 Mk. Außerdem erhielten die Angehörigen der zum Heeresdienst Einberufenen als Jubiläumsgeschenk eine Extragabe der seit Kriegsbeginn gezahlten, während der Kriegsdauer wiederholt erhöhten Familienunterstützung. Es verdient anerkennend hervorgehoben zu werden, daß die Gehilfen bei der Geschäftsleitung stets soziales Verständnis gefunden haben.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Von Buchdruckern im Kriege. Von den im Felde stehenden Mitgliedern unserer Organisation erhielt Kollege Johannes Lange (Leipzig) als vierundzwanzigstes das Eisenerz I. Klasse. Die Auszeichnung II. Klasse erhielten: S. Fiedt (Answalde), Franz Ories (Barsinghausen); Wilhelm Mädel (Berlin), Bruno Brüder und Richard Landgraf (Lübeck), Gustav Schwach (Marienwerder), Franz Raspe (Quedlinburg), Richard Vogt (Görlitz), Rudolf Dreger und Max Regel (Spandau) sowie Wilhelm Hohl und Paul Walter (Stuttgart). Damit haben bis jetzt 3732 Verbandskollegen diese hohen militärischen Auszeichnungen erhalten.

Die Buchdrucker als Schwer- und Schwerarbeiter. In Passau hat der Magistrat eine Eingabe unserer dortigen Mitgliedschaft um Anerkennung als Schwerarbeiter „konsequenterweise“ abgelehnt. Bei den Druckern wurde aber „konsequenterweise“ eine Ausnahme gemacht; sie erhalten 66 2/3 % — eine fonderbare Genauigkeit — wöchentliche Protzulage. — Dagegen wurden unsere Kollegen in Arnsdorf auf Antrag von Landrat unter die Schwerarbeiter eingereiht. Es gibt 500 g Brot für die Woche extra. — Im Gegenlaß zu Passau sind die in der einzigen Druckerei zu Glauw (Wespr.) Beschäftigten besser mit ihrem Antrag auf Schwerarbeiteranerkennung gefahren. Sie wurde einschließend der weiblichen Hilfsarbeiterinnen sämtlichen zuteil. Die Zulagen bemessen sich auf 650 g Brot, 50 g Fleisch und 25 g Fett. — In Neuruppin gefen die Buchdrucker schon seit langem als Schwerarbeiter. Extrabrot: 50prozentige Protzulage, erhöhte Kartoffelration, gelegentlich Marmelade, Kunsthonig usw.

Ferien! Die in der Hofbuchdruckerei Kanter in Marienwerder seit Kriegsbeginn fortgefallenen Ferien sind in diesem Jahre durch den neuen Inhaber der Firma wieder bewilligt worden. — Die Firma C. Töbing in Reichenbach i. Schl. bewilligte ihrem Personal in Rücksicht auf die Beschäftigungsdauer den Gehilfen drei Tage, den Lehrlingen fünf Tage Urlaub. Da sind die Guten-bergsgänge aber gut daran! Unseres Wissens der erste Fall, daß Lehrlinge den Gehilfen vorangeführt werden.

Folgen der Papiernot. Die Vereinigung großstädtischer Zeitungsverleger hat beschlossen, künftig nur noch die über die sogenannten Freilose hinausgehenden Lotteriegewinne zu veröffentlichen. — Das „Berliner Tageblatt“ gibt bekannt, daß es keine Gewähr mehr übernehmen kann für die Aufnahme der ihm übergebenen Anzeigen. Die Veröffentlichung ein oder mehrere Tage später müsse ohne Benachrichtigung des Auftraggebers vorbehalten werden. Eine Haftung für dadurch entstehenden Schaden kann nicht übernommen werden. — Die „Inhaltliche Zeitung“ in Ballenstedt sah sich kürzlich zu der Mitteilung gezwungen, kein Weitererscheinen wäre durch Ausbleiben des bestellten Papiers in Frage gestellt. Es könnte deshalb einstellend nur amtliche Bekanntmachungen sowie wichtigere Privatanzeigen mit den wichtigsten Telegrammen auf farbigem Papiere herausgeben. Fürwahr nette Zustände!

Calwers Ansicht über die Papiernot. Bei Calwers geradezu fanatischer Gegnerchaft zur öffentlichen Kriegswirtschaft war damit zu rechnen, daß er auch bei dieser blamablen Angelegenheit mit seinem täglich einmal hergelesenen Sprüchlein gegen die „zwangsläufige Kriegswirtschaft“ kommen würde. Diese Erwartung ist nicht enttäuscht worden. Nur die freie Preisbildung hätte vor dem Eintreten des jetzigen Zustandes reifen können, die behördliche Verteilung und Verbrauchsreglung des Papiers mußte zu diesem beispiellosen Verlagen führen. Würde aber der „bureaunkräftige Apparat der zwangsläufigen Kriegswirtschaft“ nicht bestehen und dazu nicht so unheimlich viel Papier für Druckschriften, Verordnungen und Erhebungen benötigt werden, dann wäre alles nicht und die Presse würde nicht über derartig starke Umfangsbeschränkung zu klagen haben. Es ist das die alte Peier mit ein paar neuen Tönen (Papierverschwendung durch das allzu große Druckbedürfnis der Kriegswirtschaftsgesellschaften), an der wohl die „bescheidenen“ Papiererzeuger sich durch das Bekenntnis zur freien Preisbildung ergötzen werden, sonst niemand.

Zensurverhältnisse. Die „Frankfurter Zeitung“ ist wieder politisch geworden, d. h. sie bringt wiederum eigene Äußerungen über die Vorgänge auf dem Welttheater, dessen Spielplan immer ungenießbarer wird. Entgegen der aus einer Auslassung des preussischen Kriegsministers im Hauptauschuß des Reichstags gefolgerten Auffassung, daß die Zensurverfassung gegen das Frankfurter Weltblatt aufgehoben sei, stellte die „F. Z.“ fest, daß sie nur einseitig außer Strafe gesetzt ist. — Marimilian Sardens „Zukunft“ ist verboten worden, wie es heißt, sogar für die ganze Kriegszeit.

Buchverleger und Buchbinder im Widerstreit um die neuen Preiserhöhungen. Unsere Notiz in Nr. 79 über die von den Buchbindereibesitzern vorgenommenen Preisaufschläge muß dahin ergänzt werden, daß in den „Mitteilungen“ des Deutschen Verlegervereins dazu erklärt wurde, sie gingen weit über das Maß dessen hinaus, was eine derartige Erhöhung rechtfertigen könnte. Das Bestreben der Buchbindereibesitzer, unbedingt auf einseitig festgesetzten Lieferungsbedingungen des Gewerbes zu bestehen, müsse die Verleger doppelt veranlassen, ihren Standpunkt zu wahren oder mit Aufrufen zurückzuführen. So ähnlich las man es im vergangenen Jahr auch über die Druckpreiserhöhungen unserer Prinzipale. Die Verleger sind im Bezahlen ihrer Lieferanten ja traditionell zugewandelt.

Die Nahrungsmittelfinderziffer für Mai. Nach Calwers Monatsstatistik über etwa 200 Orte stellte sich der wöchentliche Aufwand an 16 Lebensmitteln für eine vierköpfige Familie nach dem Verbrauch in Friedenszeit auf 54,58 Mk. Das wären 23 Pf. weniger gegenüber dem April, was jedoch von einer Verbilligung nicht sprechen läßt. Es ergibt sich folgende Gegenüberstellung zum Monate Mai der letzten fünf Jahre:

	1912	1913	1914	1915	1916	1917
pro Familie	25,52	25,43	24,70	36,49	52,29	54,58
pro Kopf	6,38	6,36	6,18	9,12	13,07	13,65
Ersteigerung seit 1912	—	—	—	42,99	104,90	113,87

Das sind kaumwerte Kletterkunststücke, die im Juni leider wieder zu gesteigerten Leistungen gekommen sein werden.

Die Theateraufführungen für Munitionsarbeiter. Das „Kriegsamt“, amtliche Mitteilungen und Nachrichten“, stellt in seiner neuesten Nummer fest, daß die vom Kriegsamt im Februar angeregten volkstümlichen Vorstellungen für die in der Kriegswirtschaft tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen sich sehr gut eingeführt haben. Die beteiligte Arbeiterschaft hat so starken Gebrauch von dieser Vergünstigung gemacht, daß das Verlangen nach Eintrittskarten nur zu einem Bruchteile befriedigt werden konnte. Auch dem Deutschen Bühnenvereine nicht angehörende Theater haben sich zur Veranstaltung derartiger Sonderaufführungen bereit erklärt, ferner größere Kinos. Die königlichen Theater in Berlin erheben keinen Eintritt für diese Vorstellungen, sonst kostet die Eintrittskarte im Durchschnitt 30 Pf. Es sollen im Sommer und in der Winterzeit die volkstümlichen Vorstellungen der Art beibehalten werden. Wir haben uns bei einer früheren Gelegenheit schon gegen diese Veranstaltung gewandt. Die

